

## Zeitenwenden

Ereignisse, die im kollektiven Bewusstsein als tiefe Einschnitte empfunden werden, weil sie die Zeit deutlich in ein „Davor“ und ein „Danach“ scheiden, werden als Zeitenwenden bezeichnet. Zwar ist auch in solchen Situationen der Wunsch ausgeprägt, zur gewohnten Tagesordnung zurückzukehren, aber nicht realisierbar. Nach Zeitenwenden geht es auf eine erkennbar andere Art weiter.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat im Februar dieses Jahres vor dem deutschen Bundestag von einer Zeitenwende gesprochen, um die Wirkung des russischen Angriffs- und Eroberungskrieges in der Ukraine auf die europäische Sicherheitsarchitektur sowie die Abkehr vom Prinzip der Unterausstattung der Bundeswehr mittels eines 100-Milliarden-Euro-Paketes zu beschreiben. Bis dahin war dem russischen Präsidenten Putin von der deutschen Politik – ungeachtet von über 20 Jahren Erfahrung mit dessen Realpolitik, inklusive der Besetzung der Krim 2014 – ein im Nachhinein erstaunliches Vertrauen entgegengebracht worden. Man wollte in ihm einen verlässlichen Partner sehen, für den das Prinzip der territorialen Unverletzlichkeit von Grenzen als Grundlage eines friedlichen Miteinanders in Europa genauso selbstverständlich war, wie für die von zwei Weltkriegen erschütterten anderen europäischen Länder. Dieses Vertrauen ist mit den Bomben auf Kiew und dem Einmarsch von Kampftruppen in die Ukraine zerbrochen. Verloren gegangenes Vertrauen ist nur mit Mühe und Zeit wiederherzustellen. Es ist ein besonderes Kapital im politischen Raum. Nicht ohne Grund hatte der vhw 2019 seinen Verbandstag dem Thema „Vertrauen“ gewidmet.<sup>1</sup>

Gleichzeitig verändert sich in einer zweiten Zeitenwende der Blick auf Ostmitteleuropa. Dabei wird sicht-

bar, wie wenig Deutschland die ostmitteleuropäischen Staaten ernstnahm, deren Sorgen auf der historischen Erfahrung eines schwierigen, von Gewalt geprägten Verhältnisses zu Russland stehen. Es ist kein kleiner Raum! Wer weiß schon, dass in den neun<sup>2</sup> nördlichen ostmitteleuropäischen Staaten, die zwischen Russland und Deutschland liegen, etwa 115 Mio. Menschen leben, mehr als in Deutschland (82 Mio.) und dem europäischen Teil Russlands (ca. 108 Mio.). Während Deutschland seit dem Fall der Mauer eine partnerschaftliche Gegenwart zu Russland beschwor, blieben bei den Ostmitteleuropäern die schmerzhaften historischen Erfahrungen an das Zarenreich und das Sowjetimperium wirkmächtig. Der polnische Schriftsteller Szczepan Twardoch schrieb dazu in der Neuen Zürcher Zeitung: „Liebe westeuropäische Intellektuelle: Ihr habt keine Ahnung von Russland. (...) Lasst eure komplizierten Theoriegebäude, die auf Ignoranz und Arroganz gebaut sind; hört nicht mehr auf die kleptokratische Banditendiktatur Russland, diese ewige Plage nicht nur der eigenen Bewohner, sondern auch aller Nachbarn, sondern hört endlich einmal darauf, was die Ukrainer selbst zur ukrainischen Sicherheit zu sagen haben. Was zum «Gleichgewicht der Kräfte» in Europa die Staaten sagen, die das Pech haben, an Russland zu grenzen, und deren Geschichte von russischer Gewalt gezeichnet ist.“<sup>3</sup> Zeitenwende bedeutet auch, die Haltung zu Ostmitteleuropa zu ändern.

Krieg ist schrecklich, und wir wünschen uns Frieden. Diese vor dem Hintergrund zweier Weltkriege gewachsene Einstellung prägt uns, auch ohne unmittelbare persönliche Kriegserfahrung. Jeder von uns hat auf Soldatenfriedhöfen gestanden und den Kummer der Angehörigen von Gefallenen und Vermissten erlebt. Krieg und Leid sind siamesische Zwillinge. Wir denken

<sup>1</sup> Vgl. FWS 6/2019 zum Schwerpunktthema „Vertrauen in der Stadtgesellschaft“

<sup>2</sup> Estland, Lettland, Litauen, Polen, Belarus, Ukraine, Moldau, Slowakei, Tschechien  
<sup>3</sup> Szczepan Twardoch: „Liebe westeuropäische Intellektuelle...“ In NZZ vom 6.4.2022

an Eltern, die um ihre gefallenen Söhne und Töchter weinen. Wir trauern um getötete Soldaten und von einer Soldateska ermordete Zivilisten. Wir schauen mit Schrecken auf die zerbombte zivile Infrastruktur, deren Verlust das Leben der ukrainischen Bevölkerung weiter erschwert. Wir schauen mit Kummer auf Entwurzelte, Geflüchtete, Geschädigte in der Ukraine. Wir sind erschrocken angesichts der fortschreitenden Eskalation.

Solange der Frieden jedoch nur für die Aufforderung zur Selbstaufgabe des Staats Ukraine und zur Einverleibung nach Russland im heißen Teil des Konflikts, sowie für die Aufgabe von Recht, Freiheit, Werten und Vertragspolitik im kalten Teil des Konflikts zu haben wäre, ist der Preis sehr hoch. Zu hoch! Deshalb bleibt die Unterstützung der Ukraine, sich in diesem aufgezwungenen Krieg militärisch zur Wehr zu setzen, notwendige Politik, bis ein tragbarer Preis für den Frieden gefunden ist.

Nun erleben wir also Zeitenwenden, nach denen es auf eine deutlich andere Art weitergeht als zuvor. Europa wird zu einer veränderten Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur finden.<sup>4</sup> Das geht nicht nur mit neuen Denkmustern und vertraglichen Lösungen einher, sondern wohl auch mit dauerhaft erhöhten Verteidigungsausgaben. Daneben wird es wegen des verloren gegangenen Vertrauens in die russische Staatsführung zu einer anderen Energiepolitik kommen. Gas als Brückentechnologie hat zwar nicht ausgedient, aber die offensichtlich fatale Versorgungsabhängigkeit von Russland wird auch nach einem Ende des Krieges in der Ukraine sicherlich nicht leichtfertig wieder eingegangen werden. Der politische Preis des billigen Gases war zu hoch, und gleichzeitig erleben wir eine Dynamisierung des Klimawandels, der einen raschen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen verlangt,

zumal das ersatzweise eingesetzte Frackinggas einen mit Kohle vergleichbaren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck hat.

Zugleich ist die Verbraucherseite von Privathaushalten, der öffentlichen Hand und der Industrie zu beachten, die zusätzlich mit hohen Knappheitsaufschlägen konfrontiert wird. Auf die damit einhergehende Zunahme der Inflation hat die Europäische Zentralbank mit einem beispiellosen Zinsschnitt im September 2022 reagiert. Daneben sollen mit staatlichen Entlastungspaketen die sozialen Folgen der Energieversorgungs- und Energiepreiskrise abgefedert werden. Ob dies als ausreichend empfunden wird und wie weit die gesellschaftlichen Verwerfungen gehen werden, wird der Winter 2022/2023 zeigen.

Es wird deutlich: Der kalte Teil des Ukraine-Krieges findet nicht in einer abstrakten Ferne statt, sondern ist als Konflikt auch in die Gesellschaften der europäischen Staaten hineingetragen worden. Denn der russische Angriffskrieg ist nicht nur imperialistisch auf eine Territorieroberung in einer imaginierten Einflusszone ausgerichtet, die die Selbstbestimmung der Ukraine ignoriert, sondern richtet sich gleichzeitig gegen das westliche Individualitäts- und Werteverständnis, dem sich die Ukraine in den letzten 30 Jahren immer mehr zugewandt hat. So heißt es in einer aktuellen Osteuropaanalyse: „Der Krieg Russlands richtet sich nur vordergründig gegen die Ukraine, in Wirklichkeit aber gegen die Vorstellungen eines imaginären Westens, der nicht nur anders, sondern auch bedrohlich ist.“<sup>5</sup>

Faktisch wird im gegenwärtigen Konflikt der „heiße Teil“ in der Ukraine von einem „kalten Teil“ begleitet, von dem Deutschland und seine Partner betroffen sind. Verunsicherung und Spaltung demokratischer Gesellschaften gehören zum Kalkül der jüngeren russischen Politik, mit dem der Putinsche Restaurationskurs des

<sup>4</sup> Vgl. Claudia Major und Christian Mölling: *Europas neue (Un-) Sicherheit. Von der Friedens- zur Konfliktordnung.* In: APuZ 28-29/2022

<sup>5</sup> Vgl. Martin Aust, Andreas Heinemann-Grüder, Angelika Nußberger und Ulrich Schmidt: *Osteuropa zwischen Mauerfall und Ukrainekrieg.* [edition suhrkamp]; Berlin 2022, S. 28.

russischen Imperiums und das immer autoritärere System in Russland außenpolitisch begleitet wird. Diese Verunsicherungs- und Spaltungs-Strategie wird schon seit Jahren in den sozialen Medien praktiziert<sup>6</sup> und nun über den Energiemarkt ausgeweitet.

Der vhw – mit seinem jahrelangen Fokus auf lokale Demokratie, gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine gerechtere Gesellschaft – muss sich natürlich die Frage stellen, was die skizzierten Entwicklungen für die Stadtgesellschaft bedeuten. Wird sie sich als anpassungsfähige lernende Gesellschaft zeigen oder sich in Besitzstandsdenken und Verteilungsstreitigkeiten aufreiben?

### ... in Zeiten des Klimawandels

So weitreichend die Folgen der Energiekrise und der sich neu findenden internationalen Ordnung sind, sie sind lange noch nicht alles. Mit jedem Jahr wird der Klimawandel mehr spürbar. Man begreift, dass 1,5 oder 2 °C globale Klimaerwärmung keine marginalen Größen sind, zumal die regionalen Effekte deutlich darüber hinaus gehen können. Mit der Arktis, den Gebirgsgletschern, dem Jetstream und dem Golfstrom geraten für Europa gleich vier relevante Klimapräger unter Druck, weswegen Europa vom Klimawandel sehr intensiv betroffen ist. Die Vorstellung, im gemäßigten Klima Mitteleuropas könne man den globalen Klimawandel ganz gut ertragen, führt in die Irre. Die Menschen erfahren immer deutlicher, was Hitzesommer, Dürren, Starkregen, Fluten und Stürme auch für den Alltag bedeuten.

Die „große Transformation“<sup>7</sup> im Sinne einer Dekarbonisierung, einer Reduktion des ökologischen Fußabdrucks und einer Anpassung der Städte an Folgen des Klimawandels stellt die große Herausforderung der Stadtplanung und Stadtentwicklung dar. Sie adres-

siert letztlich nahezu alle Bereiche des Städtischen: Von der Flächen- und Bodenpolitik über die Gebäudeentwicklung und die Mobilität bis hin zur Anpassung urbaner Wirtschafts- und Lebensweisen sowie einer angemessenen „good governance“.

Der bislang noch abstrakte Begriff „Transformation“ wird zunehmend heruntergebrochen – in nationale Strategien der Stadtentwicklung und letztlich auch in lokale Politik. So wurde Ende 2020 durch die in Europa für Stadtentwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister die „Neue Leipzig-Charta“<sup>8</sup> als gemeinsamer Orientierungsrahmen für die europäische Stadtentwicklungspolitik verabschiedet. Sie richtet den Blick – wie es im Untertitel heißt – auf „die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl“. Die neue Charta, die in einem mehr als zwei Jahre langen Dialogprozess entwickelt wurde, knüpft an die „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ an, die 2007 ebenfalls im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft erarbeitet wurde. Mit dem Update werden grundlegende Dimensionen der alten Charta fortgeführt und weitere Schwerpunkte neu gesetzt, die in der vergangenen Dekade an Relevanz zugenommen haben. Dazu zählen Themen wie der Klimawandel, Umweltgerechtigkeit oder der soziale Zusammenhalt.

Auch der vhw hat den Klimawandel in den letzten Jahren mehr und mehr in den Blick genommen. Allein die Verbandszeitschrift Forum Wohnen und Stadtentwicklung publizierte seit Ende 2019 fünf Themenhefte<sup>9</sup> zum Klimawandel, mit Schwerpunkten auf Stadtentwicklung, Stadtquartier, Verkehrswende, Krisenmanagement und Landwirtschaft. Zusätzlich wurde die Vortragsreihe „vhw & friends“ 2022 auf das Feld

<sup>6</sup> Vgl. Jessika Aro: *Desinformation als Waffe. Über einen Krieg, den Russland seit Jahren führt.* In: APuZ 28-29/2022

<sup>7</sup> WBGU: *Der Umzug der Menschheit. Die transformative Kraft der Städte.* Berlin 2016

<sup>8</sup> BBSR: *Die Neue Leipzig-Charta: Entstehungsprozess und Ergebnis.* Bonn 2021

<sup>9</sup> *Landwirtschaft zwischen konkurrierender Landnutzung und Klimawandel (FWS 3/2022)*  
*Anforderungen an kommunales Krisenmanagement (FWS 1/2022)*  
*Verkehrswende – Chancen und Hindernisse (FWS 3/2021)*  
*Klimaanpassung im Stadtquartier (FWS 6/2020)*  
*Stadtentwicklung und Klimawandel (FWS 5/2019)*

Klimawandel ausgerichtet. Und auch der Verbandstag 2022 bietet mit dem Thema „Welche Dichte braucht die Stadt?“ eine Klimawandelperspektive. Noch vor fünf Jahren wäre die Frage mit dem Fokus auf Bürgerbeteiligung, Akzeptanz, Gestalt und Baukultur diskutiert worden. Nun rückt die Perspektive der Klimafolgenanpassung des Städtischen in den Vordergrund. Dieser Lernprozess im vhw ist auch durch Akzentsetzungen von Kuratorium und Verbandsrat vorangetrieben worden.

Naturgemäß geht es dem vhw zunächst um ein Verstehen von Zusammenhängen und Auswirkungen, danach dann um eine stärkere Handlungsorientierung. Klimaschutz und Klimafolgenanpassung stehen auf der Agenda. Klar ist: Die Weichenstellungen für eine Dekarbonisierung der Wirtschaft und des Konsums müssen zumindest auf der europäischen und der nationalen Ebene gestellt werden und ein neues Zusammenspiel mit der lokalen Ebene etablieren. Gleichzeitig gilt aber auch: Die erforderlichen weitreichenden Änderungen werden mit ökonomischen und sozialen Verwerfungen einhergehen. Insofern ist Klimapolitik mit der Frage der materiellen Voraussetzungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts eng verbunden.

Die angesprochene „große Transformation“ ist eine riesige Aufgabe ohne Beispiel. Eine Veränderung in der Dimension der industriellen Revolution als politischen Prozess mit ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimensionen zu organisieren, hat kein historisches Vorbild. Dabei führt neben der Dekarbonisierung an Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung vor Ort kein Weg vorbei. Das ist kein zu frühes Eingestehen des Scheiterns beim Klimaschutz, sondern bittere Notwendigkeit, da die Wahrscheinlichkeit, eine Klimaerwärmung schon in den nächsten fünf Jahren von 1,5 °C zu erreichen bei 50 % liegt. Der Stadtumbau vor dem Hintergrund von Hitze, Dürre, Starkregen, Fluten und Stürmen wird für lange Zeit eine große Aufgabe sein.

### Der vhw als Wissensakteur

Die Herausforderungen sind groß – für Politik und Gesellschaft genauso wie für den vhw. Im Dezember 2021 ist unser Verband 75 Jahre alt geworden. Er hat im Laufe der Zeit viele Veränderungen durchgemacht, die wir mit einer interessanten Festschrift ausgeleuchtet haben. Auf den nächsten Seiten dieses Tätigkeitsberichts findet sich eine Zeitleiste, die uns zu wichtigen Stationen der Geschichte führt.

So schön der Blick zurück ist, so wichtig ist der Blick nach vorn. Damit der vhw auch seinen 80. und 90. Geburtstag vital feiern kann, bedarf es einer kontinuierlichen Weiterentwicklung der Organisation. Auf die digitale Transformation der vhw-Fortbildung als Innovationstreiber hatten wir schon in den coronageprägten Vorjahren hingewiesen. Im Kontext der skizzierten Zeitenwenden und des Klimawandels muss auch die ideelle Ausrichtung des vhw weiterentwickelt werden. Getreu einem Lied von Wolf Biermann, im dem es heißt: „Nur wer sich ändert, bleibt sich treu.“

Schaut man auf die Ideale des vhw, an denen der vhw seine Haltung und seine Forschungsarbeit ausgerichtet hat, so erkennt man die Entwicklung. Zu Beginn der 2010er Jahre stand die „Stärkung der lokalen Demokratie“ im Zentrum, für die ein Städtenetzwerk mit vielen deliberativen Beteiligungsprojekten eingerichtet wurde. Angesichts der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der letzten Jahre ist daraus längst ein genereller Fokus „Demokratie sichern und stärken“ geworden. Daneben hat der vhw Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts (bzw. Probleme der Spaltung) und der finanziellen Belastung vieler Bürger in den Blick genommen, denn Zugang zur Demokratie, Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit bedürfen einer gewissen finanziellen Sicherheit. Für diese Blickweise stehen exemplarisch unsere Befassung mit der Neuausrichtung der Wohnungspolitik ab 2016/2017, der bodenpolitischen Agenda 2017-2019 bzw. der Schulungsoffensive zur Baulandmobilisie-

rung 2020-2022. Auch die Arbeiten zum Stadtquartier sowie zu Migrationsfragen sind in diesem Kontext zu nennen. Als weitere Perspektive kommt nun die klimaangepasste Stadt hinzu, die dem Nachhaltigkeitsdiskurs zusätzliche Priorität gibt.

Bei alldem bleibt der vhw ein Idealverband, dessen Ideale um „W wie Wissen“ und nicht um „I wie Interessen“ konfiguriert sind. Dazu dienen die vhw-Forschung als Wissenserzeugerin und die vhw-Fortbildung als Wissensvermittlerin, die im Zuge ihrer Weiterentwicklung immer mehr an den ideellen Kern des vhw heranrückt. Daneben versteht sich der Verband generell als Forum für einen Diskursraum, in dem Wissen für gesellschaftliche Aushandlungsprozesse nutzbar gemacht wird. In diesem Sinne geht der Verband die sich stellenden Aufgaben engagiert an, auch in volatilen und diffusen Zeiten des Wandels!

Berlin, im September 2022



Dr. Peter Kurz  
Verbandsratsvorsitzender



Prof. Dr. Jürgen Aring  
Vorstand